Datum: 06.09.2011

Verwaltungsvorlage

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
Fachbereich Finanzverwaltung

Beratungsfolge Ausschuss - Stadtrat	Termin	Tagesordnungsart	TOP	Abstimmungsergebnis		
				Ja	Nein	Enth.
Finanzausschuss	29.09.2011	öffentlich				

Inhalt Grundstücksverkehr (Verkauf Grundstück Hammerstr. 74 im Wege einer Auktion)

Grundlage: Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)
Verwaltungsvorschrift des Sächs. Staatsministerium des Innern über die
Veräußerung kommunaler Grundstücke vom 22.03.2004

Beraten und abgestimmt: EigBGAV

Beschlüsse die aufzuheben bzw. zu ändern sind:

Verantwortlich für Durchführung: Fachbereich Finanzverwaltung

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss des Stadtrates der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf des Grundstückes Hammerstraße 74 in 08523 Plauen, Flurstück 2038, Gemarkung Plauen, Größe: 2.970 m², im Wege einer Auktion durch die Sächsische Grundstücksauktion AG, Hohe Str. 12 in 01069 Dresden, mit einem Auktionslimit (Mindestgebot) von 15.000,00 EUR und die Belastung des Grundstückes mit Grundpfandrechten bis zur Höhe des Kaufpreises.

Sachverhalt:

Das Objekt Hammerstraße 74 wurde in der Zeit um 1900 erbaut.

Es wurde in der Vergangenheit als Betriebsgelände für städtische Entsorgungsaufgaben genutzt.

In den letzten Jahren diente es nur noch als Lager u.a. zum Unterstellen von Gegenständen des Museums, des FG Brandschutz und als Lager / Werkstatt der ISP. Ein Teil der Gebäude wurde bereits abgebrochen.

Die noch vorhandenen Gebäude stehen unter Denkmalschutz. Der Bauzustand des Objektes ist schlecht und bedarf grundlegender Sanierung.

Der Verkehrswert des Grundstückes beläuft sich gemäß vorliegendem Gutachten des Gutachterausschusses für die Ermittlung von Grundstückswerten im Vogtlandkreis vom 25.02.2008 auf 123.700,00 EUR. Das Objekt wurde im Internet öffentlich angeboten. Es gab vereinzelt Interessenbekundungen u.a. zum Erwerb eines Teils des Grundstücks. Ein freihändiger Verkauf ist bisher aber nicht zustande gekommen. Das Grundstück soll möglichst komplett verkauft werden.

Es wird daher vorgeschlagen, das gesamte Grundstück im Wege einer Auktion zu verkaufen.

Das durch das Auktionshaus vorgeschlagene Mindestgebot beträgt 15.000,00 EUR.

Der mit dem Auktionshaus abzuschließende Einlieferungsvertrag bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

Soweit in der Auktion ein Gebot abgegeben wird, das höchstens 30% unter dem ermittelten Verkehrswert (86.590,00 EUR) liegt, kann der Kaufvertrag gemäß Pkt. 8 Buchst. c der Verwaltungsvorschrift des SMI über die Veräußerung kommunaler Grundstücke vom 22.03.2004 wirksam abgeschlossen werden. Wird einem geringeren Gebot, also zwischen 15.000,00 EUR und 86.590,00 EUR, der Zuschlag erteilt, kommt der Kaufvertrag gemäß o. g. Verwaltungsvorschrift erst mit nochmaliger Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde zustande. Im Falle des Zuschlages ist aus dem erzielten Verkaufserlös eine Courtage an das Auktionshaus von 7,14 % inkl. USt. zu zahlen. Wird das Grundstück nicht versteigert, entfällt diese Vergütung. Der im Falle eines Zuschlages mit dem Meistbietenden abzuschließende Kaufvertrag soll eine Vollmacht für den Erwerber zur Belastung des Grundstückes mit Grundpfandrechten vor Eigentümerübergang bis zur Höhe des Kaufpreises enthalten.

Anlage: Flurkarte

Finanzielle Auswirkungen ja nein

Gesamtkosten Maßnahme EUR Einnahmen: mind. 13.929,00 (abhängig vom Zuschlag)	jährliche Folgekosten EUR ☒ nein	Finanzierung		Abstimmung mit der Kämmerei ☒ ist erfolgt ☐ ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen
		Eigenanteil EUR	Objektbezogene Einnahmen EUR	

Veranschlagung

im VmH	im VwH	nein	ja, mit EUR	Haushaltsstelle
☒ 2011	☐ 20	☐	13.929,00	8830.34000.00

Beratungsergebnis:

Gremium				Sitzung am		TOP
Einstimmig	Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Laut Beschluss- vorschlag	Abweichender Beschluss (Ergänzungsblatt)
☐	☐				☐	☐